



Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin
kontakt@berliner-frauenbund.de
www.berliner-frauenbund.de

V.i.S.d.P: Mechthild Rawert,
Vorsitzende des Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Berlin, den 5. Dezember 2024

Newsletter des BFB 1945 e.V. – Dezember 2024

- I. BFB 1945 e.V. als frauen*politische Akteurin**
- II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten**
- III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter**
- IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischem Umfeld**

Liebe Engagierte,

am 5. Dezember ist der **Internationale Tag des Ehrenamts!** Wir danken allen Ehrenamtler*innen von Herzen. Euer zivilgesellschaftliches Engagement ist Ausdruck einer großen gesellschaftlichen Solidarität mit sehr vielen Gesichtern. Meine große Wertschätzung dafür. Ihr macht unsere Gesellschaft besser – an 365 Tagen im Jahr.

Am 25.11.2024, dem Internationalen Tag Gegen Gewalt gegen Frauen, waren auch mehrere Frauen des BFB 1945 e.V. mit unseren Fahnen auf der Demonstration „Lasst uns (gewaltfrei) leben! - Istanbul Konvention umsetzen JETZT!“ und haben Solidarität mit allen von Gewalt betroffenen Frauen* gezeigt und sich für eine unverzügliche Umsetzung des Berliner Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul Konvention eingesetzt. Der am 3.12.2024 veröffentlichte [„Erste „Monitor Gewalt gegen Frauen“: Strategien, Standards und mehr Geld dringend nötig“](#) des Deutschen Instituts für Menschenrechte zeigt, wie nötig dieses ist.

Seit dem November-Newsletter hat sich auf Bundesebene einiges getan: Der Termin für die nächste Bundestagswahl steht fest: **23. Februar 2025** - eine gute Gelegenheit unbedingt für die Demokratie und für eine fortschrittliche Frauen*- und Gleichstellungspolitik zu stimmen. **Es ist möglich, sich im [Regierungsmonitor](#) zu informieren, welche Maßnahmen die Bundesregierung umgesetzt hat.** Geschafft wurde u.a.:
- Ernennung des ersten Queer- und ersten Antiziganismusbeauftragten der Bundesregierung

- Abschaffung des Paragrafen 219a
- Verbot von Gehsteigbelästigungen
- das Selbstbestimmungsgesetz
- Leitlinien für feministische Außen- und Entwicklungspolitik
- Meldestelle Antifeminismus

Fest steht leider, dass zahlreiche für uns relevante Reformen nicht mehr angegangen werden, u.a. die Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Die derzeitige **vorläufige Haushaltswirtschaft auf Bundesebene führt zudem nicht nur bei uns eng verbundenen Projekten wie z.B. DaMigra** (vgl. Top 2) zu großen Problemen.

Sehr erfreulich ist aber, dass am Donnerstag, 5.12.24, 16.25 Uhr, die von über 350 Abgeordneten getragenen **Gruppenanträge „Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs“** und **„Versorgungslage von ungewollt Schwangeren verbessern“** in erster Lesung auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages stehen. Wir haben als Gesellschaft und Politik jahrzehntelang über die Legalisierung von Abtreibungen debattiert: Für eine Mehrheit braucht es 367 Abgeordnete. Ich hoffe, es kommt in den kommenden drei Sitzungswochen zu einer den Schwangerschaftsabbruch entkriminalisierenden Entscheidung.

Aber dazu braucht es weiterhin unseren Druck! Kommt bitte **zur Demo „Abtreibung legalisieren JETZT (vgl. Top 2) am Samstag, 7.12.2024, 13 Uhr, Alexanderplatz.**

TREFFPUNKT: Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung um 13:00 Uhr, Pressecafé, Karl-Liebknecht-Str. 29, d.h. Ecke Karl-Liebknecht / Memhardstr. Vom BFB 1945-Vorstand werden anwesend sein: Regine und Mechthild

Auch das am 27.11.2024 von der Bundesregierung beschlossene **Gewalthilfegesetz** - Entwurf eines Gesetzes für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt - liegt dem Bundestag vor: **Am Freitag, 6.12.2024, 9.00 Uhr, wird dieser Gesetzentwurf in Erster Beratung als auch weitere Anträge diskutiert.** Wir brauchen endlich eine verlässliche Finanzierung von mehr Frauenhausplätzen und Beratungsangeboten für von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt bedrohten bzw. betroffenen Frauen*! Das Gesetz sieht erstmalig einen bundesgesetzlichen Rahmen für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt vor. Allerdings ist keineswegs gesichert, dass dieses Gesetz noch in dieser Legislatur verabschiedet wird.

Da auch der Bundesrat sich zum Gewalthilfegesetz positionieren muss, **hat der Berliner Frauenbund 1945 e.V. den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, angeschrieben und zu einer zügigen Zustimmung des Landes Berlin für das Gewalthilfegesetz im Bundesrat aufgefordert:** „*Sehr geehrter Regierender Bürgermeister Wegner, das Land Berlin bekennt sich in seinen Richtlinien zur Regierungspolitik 2023 - 2026 zur vollständigen und konsequenten Umsetzung der Istanbul-Konvention. Zur Bekämpfung der Diskriminierung von Frauen und Mädchen und aller Formen geschlechtsspezifischer Gewalt engagiert sich der Senat dankenswerterweise mit seinem Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Berlin. Die Istanbul-Konvention verpflichtet sämtliche föderalen Ebenen, gegen*

geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt einzutreten. Bitte tragen Sie dafür Sorge, dass das Land Berlin im Bundesrat dem „Entwurf eines Gesetzes für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt“ (Gewalthilfegesetz) zustimmt. Nur so ist das Land Berlin mit seiner Politik gegen Gewalt gegen Frauen glaubwürdig. Wir brauchen in Deutschland endlich eine bundesweite eigenständige fachgesetzliche Grundlage für ein verlässliches und bedarfsgerechtes Hilfesystem bei häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt. Wir brauchen zwingend verlässliche Konkretisierungen staatlicher Schutzpflichten, wie sie aus dem Grundgesetz und den Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention resultieren.“*

Ein Zögern seitens der CDU darf nicht geschehen! Frau Senatorin Cansel Kiziltepe (SPD) positioniert sich für eine Unterstützung des Gewalthilfegesetzes.

Das aktuelle **Erstarken des Antifeminismus** hat Auswirkungen auf die Handlungsräume der demokratisch engagierten Zivilgesellschaft. **Unter Druck von Antifeminist*innen stehen insbesondere Engagementbereiche wie z. B. Gleichstellung, reproduktive Rechte oder queer-feministischer Aktivismus.** Am 3.12.2024 habe ich an der sehr gelungenen Online-Veranstaltung „Jetzt erst recht! Betroffene unterstützen und Antifeminismus vor Ort gemeinsam entgegentreten“ der Camino-Gruppe teilgenommen. Demokratie braucht Feminismus! Es darf nicht sein, dass durch antidemokratische rechtspopulistische Bewegungen, etc. teilhabeorientierte Errungenschaften ein konservatives Rollback in die 50er Jahren bewirken. **Es gilt gemeinsam wirksame Gegenstrategien zu entwickeln um sich in solidarischen Bündnissen Antifeminismus entgegenzustellen.** Praxisorientierte Unterstützungshinweise aus der Veranstaltung sind:

- Empfehlungen für Fonds/finanzielle und juristische Unterstützung: Gegenrechtsschutzfonds / Unterstützung bei juristischen Interventionen (Abmahnungen, Unterlassungsansprüche etc.): <https://gegenrechtsschutz.de/>
- Sheroes Fund / finanzielle Hilfe bei der Umsetzung von Schutzmaßnahmen: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/ihre-spende-fuer-den-sheroes-fund/>
- CURA - Opferfonds rechte Gewalt (Berlin): <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/opferfonds-cura/>
- Tilda Fonds gegen geschlechtsspezifische Gewalt (ab 2025): <https://www.tildafonds.org/>
- Lila Hilfe: <https://lilahilfe.org/>
- Werkzeugkasten Kommunalpolitik für alle: https://www.brandenburg-paritaetisch.de/wp-content/uploads/2024/11/WK_Broschuere_web.pdf
- Infomaterial / Einordnung Narrative / Bildungsarbeit Mediathek: <https://antifeminismus-begegnen-mediathek.de/de>
- Antifem Narrative Kontext Gewaltschutz: <https://gegen-antifeminismus.de/>
- Diskursatlas Narrative: https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/importedFiles/2024/05/16/abds_e_paper_diskursatlas_web_final_final.pdf
- Pädagogische Handreichung Dissens e.V.: Zwischen Sensibilisierung und Handlung in der Bildungsarbeit zu Antifeminismus https://www.dissens.de/fileadmin/dissens_home/content/documents/AnBeg/padq_og_antifeminismus.PDF
- Flowpage Spotlight NRW: <https://wuppertaler-initiative.pageflow.io/antifeminismus>

- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): <https://bundesverband-mobile-beratung.de/mobile-beratung/#Uebersicht>

Wahlkampf und gesellschaftliche Zukunftsorientierung

Der anstehende Winterwahlkampf wird für die Parteien hart. Eine Kernfrage ist m. E. „Wie viel Ungleichheit verträgt das Land?“ Fakt ist: Wir stehen vor harten Auseinandersetzungen.

Die zunehmende Kluft hinsichtlich Einkommen und Vermögen, Teilhabe und Chancengerechtigkeit zwischen Arm und Reich ist eine Herausforderung für die Demokratie. Laut Verteilungsbericht des wissenschaftlichen Instituts der Böckler Stiftung lebten 2010 noch 14,5 Prozent der Bevölkerung in Armut (wenn weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung stehen) und 2022 bereits 16,7 Prozent. Besonders häufig betroffen sind Frauen, Ostdeutsche und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Wir wissen, dass mit der zunehmenden Spreizung die Gefahr verbunden ist, dass Ausgegrenzte oder Abgehängte, dass sich Menschen mit großer Sorge um Arbeitsplatz und Lebensstandard vom demokratischen System abwenden. Profiteure sind populistische Parteien.

Ein derzeit oft zu beobachtendes Agieren ist das „Ausspielen“ gesellschaftlicher Gruppen gegeneinander: Benachteiligte gegen Benachteiligte und die Mitte gegen Benachteiligte. Ein Beleg dafür sind die oftmals diffamierend geführten Auseinandersetzungen über das Bürgergeld. Leider regt sich über den Schaden der Tariffahrt von Unternehmen und den damit verbundenen geringeren Steuern und Sozialabgaben kaum jemand auf. Auch das Ausspielen des Aufwands für die soziale Infrastruktur gegen den Aufwand für dringend erforderliche Investitionen ist skandalös. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir eine Reform der Schuldenbremse brauchen. Denn eines ist klar: Nur die Starken können sich einen schwachen Staat leisten. Und ich bin fest davon überzeugt, dass es unter denen, denen es gut bzw. gar sehr gut geht, auch eine Solidaritätsbereitschaft gibt. Wir wissen zudem alle, dass Lebensqualität und Chancengerechtigkeit unter den Bedingungen einer maroden sozialen Infrastruktur bzw. einer nicht ausreichenden Daseinsvorsorge nicht möglich sind. Also: Streiten wir dafür!

Ich wünsche allen einen schönen Advent, friedvolle und geruhsame Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr 2025.

Mit feministischen Grüßen
eure Mechthild

I. BFB 1945 e.V. als frauen*politische Akteurin

1. **Veröffentlichung der Online Dokumentation „ Vom Nähfaden bis zur Atombombe ist alles Politik – Feministische Allianzen gestern - heute – morgen“**

Es ist vollbracht: Die Broschüre zu unserer Jubiläumsfeier am 19.9.2024 im Rathaus Schöneberg ist nun online unter <https://berliner-frauenbund.de/jubilaumsfeier-2024/> erschienen. Ich danke erneut allen Aktiven auf dieser gelungenen Veranstaltung und insbesondere auch unseren Mitfrauen Maike Bußmann und Heidemarie Kollatz für die im Ehrenamt erfolgte Erstellung und Redaktion. Auch auf der Grundlage dieser Dokumentation kann nun sowohl im BFB 1945 e.V. als auch von weiteren an starken feministischen Frauenbewegungen Interessierten weitergearbeitet werden.

2. Anmeldung zur erstmaligen Online-Mitfrauenversammlung am 18.12.2024, 18.00 Uhr unter dem Motto „Die guten Erkenntnisse und Resultate nehmen wir mit ins Neue Jahr 2025“

Im Rahmen unserer erstmaligen Online-Mitfrauenversammlung am 18.12.2024, 18.00 Uhr unter dem Motto „Die guten Erkenntnisse und Resultate nehmen wir mit ins Neue Jahr 2025“ soll genau dieses getan werden. Maike Bußmann, Hildegard Schicke und Regine Steinhauer, Vorständinnen, greifen die feministischen Fäden auf. Vielleicht ergeben sich durch die gemeinsamen Debatten ja auch noch Veranstaltungsvorschläge für 2025. Wir würden uns freuen, auch die dabei zu haben, die an Präsenzsitzungen bisher nicht teilhaben konnten.

Für diese Online-Veranstaltung braucht es unbedingt eine Anmeldung unter: <https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSdYYpHmxzuuHp9weiCDaovOGzwa3pv2EtGdliG9frMvvU-qaA/viewform?pli=1>

3. niellA-Unternehmenspreis 2024: Auszeichnung für vorbildliches Engagement (Text von Pauline Potschka, Koordinierungsstelle für das Netzwerk Alleinerziehende Friedrichshain-Kreuzberg, Tel: 0152 04153909, E-Mail: pauline.potschka@kobra-berlin.de)

Am 26. September 2024 wurde im NIRGENDWO Berlin zum zweiten Mal der bundesweit einzigartige „niellA-Unternehmenspreis – Alleinerziehende im Blick“ verliehen. Die ODS GmbH aus Friedrichshain wurde als zweiter Gewinner dieses besonderen Preises ausgezeichnet.

In einem rbb-Beitrag wird die Verleihung des niellA-Unternehmenspreises näher beleuchtet. Dabei werden ein alleinerziehender Vater sowie das Unternehmen selbst begleitet.

Den Beitrag können Sie unter folgendem Link ansehen <https://www.rbb-online.de/der-tag/videos/-video-beitraege/alleinerziehend-unternehmerpreis-niella.html>

4. Ehrenamt für die Gesundheit: Goßelterndienst „Enkel dich fit!“ (Bericht von Laurette Rasch (MSc Public Health), Mitfrau im BFB 1945 e.V.)

Mit der Projektleitung Helga Krull und drei Wunschgroßmüttern als Gästen hat Laurette Rasch am 27.11.2024 an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen (KHSB) im Rahmen der Senior*innen-Universität Lichtenberg einen Vortrag zum Großelterndienst des Berliner Frauenbunds von 1945 e. V. gehalten. Frau Stadträtin Dr. Gocksch (Gesundheit, Arbeit, Bürgerdienste und Soziales beim Bezirksamt Lichtenberg) hat in einführenden Worten der Senior*innen-

Universität ihre Anerkennung ausgesprochen und das Thema gewürdigt. Inhaltlich wurde zunächst die Verknüpfung von individueller Gesundheit mit den alltäglichen Lebensbedingungen aller Menschen und die Ansätze zur Gesundheitsförderung entlang der Ottawa Charta der Weltgesundheitsorganisation von 1986 aufgezeigt. Das Zusammenspiel von gesundheitsförderlicher Politik und dem täglichen Tun der Einzelnen wird durch Strukturen des Ehrenamtes wie dem Großelterndienst nachvollziehbar.

Der Großelterndienst des Berliner Frauenbundes 1945 e. V. entstand 1989 auf Initiative von Prof. Dr. Hilde von Balluseck. Es galt Unterstützung für Alleinerziehende Mütter, aber auch Senior*innen und Kinder- und Jugendpolitik als Familienpolitik zusammenzudenken und Handlungsansätze zu stärken. Die Wunschgroßeltern sind dabei kein Ersatz für Kinderbetreuung, sondern Zeitspender*innen für Kinder zwischen 0-10 Jahren und ihre Eltern. Durch die Wunschgroßeltern werden über drei Generationen hinweg soziale Netzwerke gefördert und damit Einsamkeit und Überforderung begegnet. Die vom Senat finanzierte Projektstruktur des Großelterndienstes Enkel dich Fit! trägt durch Bildungsangebote, Vernetzung der Großeltern und Klärung der Fragen zum Kinderschutz zur Nachhaltigkeit bei. Kern des Projektes sind die vielen verschiedenen Wunschgroßeltern!

Anforderung an Wunschgroßeltern ist „ein großes Herz und viel Spaß vertragen zu können“. Ehrenamt mit seinen vielen Gesichtern trägt so zum Abbau und der Vermeidung von Einsamkeit bei, bringt Bewegung und Ruhe in den Alltag und Menschen zum Lachen und fördert damit die Gesundheit.

5. Integrationspreis des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf

Es freut uns sehr, dass Forough Hossein-Pour, Mitarbeiterin bei KoBRA, mittlerweile eine der drei Finalistinnen für diesen Integrationspreis ist. Wir bedanken uns bei allen, die sich an der Abstimmung beteiligt haben.

Die endgültige Gewinner*in des Integrationspreises wird erst am Tag der Preisverleihung am 18.12.2024 bekannt gegeben. Wer dabei sein möchte, kann sich hier anmelden: <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/beauftragte/integration/integrationspreis/formular.758583.php>

6. Wohnungssuche unseres Fördermitglieds Georgina

Unsere neue Förderfrau Georgina von der Gablenz fragt: „In eigener Sache: Wenn mir in der Frauenschaft jemand bezüglich einer Bleibe (Zimmer / kleine Wohnung) helfen kann, so wäre ich sehr dankbar. Meine Verzweiflung wird immer größer und die Traurigkeit darüber auch. Ich gebe die Hoffnung noch nicht auf. Mit feministischen Grüßen! Georgina“

II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten

1. Haushalt 2024/2025: KEIN SPAREN NACH DER RASENMÄHER-METHODE

Das Positive vorab: Wir begrüßen es sehr, dass die schwarz-rote Koalition die Streichung des Tarifvorsorge zurückgenommen hat. In den Haushalt werden

nun doch wieder 48 Millionen Euro für die Tarifvorsorge für freie Träger eingestellt!

Weitere Verhandlungen auf Senatsebene laufen noch und auch im Abgeordnetenhaus steht der Haushalt 2024/2025 auf den Tagesordnungen: Sowohl der [Ausschuss für Arbeit und Soziales](#) als auch der [Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung](#)

werden am 12.12.2024 über die bis dato erzielten Ergebnisse zu den Einsparungen für das Haushaltsjahr 2025 diskutieren (für beide Anmeldung beim Besucherdienst unter: besucherdienst@parlament-berlin.de). Abschließend wird der Haushalt 2024/2025 in der Plenarsitzung am 19.12.2024 beschlossen.

Nach wie vor unterstützen wir die Haltung, dass kein Sparen nach der Rasenmäher-Methode erfolgen sollte. **Ein Haushalt, der den Anspruch hat, die Stärken Berlins weiter auszubauen und den sozialen Frieden in der Stadt zu erhalten, lässt sich nicht mathematisch aufstellen. Die besondere Situation macht es erforderlich, dass sich die einzelnen Senatsverwaltungen ihrer Verantwortung für den Gesamthaushalt bewusst sind und entsprechende Vorschläge unterbreiten, die sodann unter dem Blickwinkel Zukunftsfähigkeit und soziale Ausgewogenheit politisch bewertet werden können.**

Die erforderliche Konsolidierung darf nicht dazu führen, dass wir unseren Grundsatz Guter Arbeit bei der Ausführung staatlicher Tätigkeiten in der Verwaltung oder bei von ihr beauftragten Trägern untergraben. Deswegen bleiben wir bei unserer Forderung der Anpassung des Landesmindestlohns bei Auftragsvergaben sowie einer Umsetzung von Lohnentwicklungen auch bei den freien Trägern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss innerhalb der Verwaltung, aber auch für beauftragte Organisationen gelten. Verantwortungsvolle Finanzpolitik bedeutet für uns nicht zuletzt, freiwillige soziale Leistungen nicht nach Rasenmäher- Prinzip zu kürzen, sondern diese als tragende Säulen in unseren Kommunen sowie für den Erhalt des sozialen Friedens in der gesamten Stadt zu sichern.“. Notwendig sind für die Berliner*innen verlässliche Perspektiven in allen Lebenslagen.

2. Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration“ „Abtreibung legalisieren jetzt!“ am Samstag, 7. Dezember 2024, u.a. in Berlin

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. unterstützt die Forderungen nach Legalisierung von Abtreibungen, nach einer ersatzlosen Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch, nach einem Recht auf freiwillige Beratung und für die vollständige Kostenübernahme für alle noch in dieser Legislatur.

Als Mitglied des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung rufen wir zur Teilnahme an der Demonstration „Abtreibung legalisieren - jetzt!“ am 7. Dezember 2024, 13.00 Uhr am Alexanderplatz in Berlin auf.

TREFFPUNKT: Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung um 13:00 Uhr, Pressecafé, Karl-Liebknecht-Str. 29, d.h. Ecke Karl-Liebknecht / Memhardstr.. Mit BFB1945-Fahnen sind Regine und Mechthild dort.

Wir fordern: Streicht § 218 ersatzlos aus dem Strafgesetzbuch, ersetzt die Beratungspflicht durch ein Recht auf freiwillige Beratung und sorgt für die vollständige Kostenübernahme für alle! Für reproduktive Gerechtigkeit braucht es aber nicht nur die Legalisierung von Abtreibungen. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen diskriminierungsfrei und gerecht sein. Das heißt: frei von Gewalt, frei von Rassismus, frei von Misogynie, Trans- und Queerfeindlichkeit, frei von der Abwertung behinderter Menschen, frei von ökonomischem Druck und frei von gesellschaftlichen Erwartungen konservativer Familien- und Lebensmodelle. Lasst uns gemeinsam für eine Gesellschaft eintreten, in der alle schwangeren Personen selbstbestimmte Entscheidungen treffen können.

Routenplanung: Bundesstraße 5 / Karl-Liebknechtstr. (AK - ggü. Park-Inn Hotel) - Karl-Liebknecht-Str. (B5) - Unter den Linden - Wilhelmstr. - Dorotheenstr. - Scheidemannstr. - Platz der Republik (EK) alt Bundesstraße 5 / Karl-Liebknechtstr. (AK - ggü. Park-Inn Hotel) - Karl-Liebknecht-Str. (B5) - Unter den Linden - Platz der Republik (EK)

3. Neuerscheinung: Frauen ... über Erfolge und Chancen die inspirieren und mehr! sichtbar & mittendrin

Neu erschienen ist die obige Broschüre des Jobcenter (JC) Berlin Tempelhof-Schöneberg u.a. in Zusammenarbeit mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Tempelhof-Schöneberg, Julia Selge, bei der auch Exemplare abgeholt werden können. Eine Online-Version ist noch in Vorbereitung. Auch der BFB 1945 e.V. stellt sich hier vor.

4. Solidarität: Gegen Projektkürzungen im intersektionalen feministischen Raum durch die vorläufige Haushaltsführung der Bundesregierung

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. ist Mitglied der CEDAW-Allianz Deutschland. Gemeinsam kämpfen zivilgesellschaftliche Organisationen für die Umsetzung der UN-Frauenrechtskonvention CEDAW in Deutschland. Frauenrechte sind Menschenrechte! **Wir werben bei interessierten Vereinen, in der CEDAW-Allianz www.cedaw-allianz.de Mitglied zu werden. Gemeinsam sind wir stärker!**

Wir haben vernommen, dass die Bundesregierung aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung keine neuen Projekte bewilligt und das laufende Interessensbekundungsverfahren aufgehoben sind. **Der Träger DaMigra <http://www.damigra.de/> steht deshalb vor der unmittelbaren Schließung von fünf von acht der bundesweiten Standorte.** Diese Standorte sind wichtige Zufluchtsorte für migrierte und geflüchtete Frauen. Mitarbeiterinnen, die mit immensem Engagement in den letzten zehn Jahren unverzichtbare Strukturen, Netzwerke und Räume aufgebaut haben, drohen ihre Arbeitsplätze zu verlieren.

Der BFB 1945 e.V. unterstützt die Forderungen von DaMigra, die in einem Offenen Brief <http://www.damigra.de/meldungen/offener-brief-an-politik-und-zivilgesellschaft-damigras-existenz-ist-bedroht/> die Folgen solcher existenzbedrohenden finanziellen Kürzungen für die wichtige Arbeit im Gewaltschutz, Antirassismus, für Gleichstellung, Teilhabe und Migrantinnenrechte

aufzeigen. Gerade die Rechte und der Schutz besonders vulnerabler Frauen werden gefährdet.

5. Wir kämpfen für mehr Tariflöhne! Wir wollen die Tarifbindung stärken.

Der BFB 1945 e.V. ist Mitglied des Arbeitgeber*innenverband

Beschäftigung, Bildung und Beratung in Berlin e. V. – AGV 4 B . Als Sozialpartner wollen wir mehr Tarifverträge auf Bundes- und Landesebene, denn diese sorgen für faire Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Sicherheit. Inzwischen arbeitet aber bundesweit nur noch rund die Hälfte der Beschäftigten in tarifgebundenen Jobs. Das ist uns deutlich zu wenig!

Wir bedauern, dass das **Bundestariftreuegesetz** der Bundesregierung nun nicht mehr vom Parlament beschlossen werden kann. Die Bundesregierung hatte ein Tariftreuegesetz auf den Weg gebracht. Die darin enthaltende Tariftreuregelung soll dafür sorgen, dass Aufträge und Konzessionen des Bundes nur an Unternehmen gehen, die ihre Angestellten nach einem repräsentativen Tarifvertrag der jeweiligen Branche bezahlen. Das Gesetz soll bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen ab 30.000 Euro und bei Bauaufträgen ab 50.000 Euro gelten. Auch Subunternehmen müssen sich an die Vorgaben des Gesetzes halten.

Der Staat sollte bei der Tariftreue mit gutem Beispiel vorangehen. Im Jahr 2022 hat der Bund öffentliche Aufträge im Wert von fast 38 Milliarden Euro vergeben. Bei den Ausschreibungen kommen Unternehmen, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen, aber oft nicht zum Zug, weil Betriebe ohne Tarifvertrag einen Wettbewerbsvorteil haben.

III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter

Datum / Ort	Thema	Häufig ist eine Anmeldung notwendig / Link
bis zum 26. Januar 2025: Kostenlose Öffentliche Führungen u.a. jeweils sonntags um 13 Uhr Kostenlos! Treffpunkt: Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Eingang zum Ort der Information, Cora-Berliner-Straße 1, 10117 Berlin	Ausstellung: Die Verleugneten. Opfer des Nationalsozialismus 1933 – 1945 – heute Die Ausstellung erinnert an Menschen, die im Nationalsozialismus als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ verfolgt wurden. Ihre Erfahrungen stehen im Zentrum. Zwischen 1933 und 1945 greifen Behörden und Polizei gesellschaftliche Vorurteile auf. Sie kontrollieren, drangsalieren und berauben Zehntausende ihrer Freiheit. Viele werden ermordet. Die Bundesrepublik, die DDR und Österreich verweigern den Betroffenen eine Entschädigung. Ihre Unrechtserfahrungen werden verleugnet.	Mehr Infos: https://www.die-verleugneten.de/ausstellung/ausstellung/ https://www.stiftung-denkmal.de/bildungsangebote/vom-13-oktober-2024-bis-zum-26-januar-2025-kostenlose-oeffentliche-fuehrungen-durch-die-wanderausstellung-die-verleugneten/

	Im Februar 2020 entschied der Deutsche Bundestag: „Niemand saß zu Recht in einem Konzentrationslager, auch die als ‚Asoziale‘ und ‚Berufsverbrecher‘ Verfolgten waren Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“.	
7.12.2024, 13.00 Uhr, Alexanderplatz TREFFPUNKT: Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung um 13:00 Uhr, Pressecafé, Karl-Liebknecht-Str. 29, d.h. Ecke Karl-Liebknecht / Memhardstr. Mit Fahnen werden Regine und Mechthild dort sein.	Großdemo: Abtreibung legalisieren – Jetzt! Wir haben jetzt die historische Chance gemeinsam die Legalisierung von Abtreibungen zu erreichen. Am 7. Dezember wollen wir mit vereinten Kräften in Berlin (und Karlsruhe) auf die Straße gehen. Damit die Demonstration ein großer Erfolg wird, brauchen wir euch. Darum möchten wir mit euch zusammen planen, wie wir einen gemeinsamen Ausdruck finden können — indem alle mit ihren eigenen Schwerpunkten sichtbar werden und wir gleichzeitig ein starkes gemeinsames Zeichen setzen.	Weitere Infos unter: https://abtreibung-legalisieren.de/de#intro
10. Dezember 2024, 10:30 bis 15:00 Uhr Online über Zoom	„15 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland – das Recht auf selbstbestimmtes Leben und Wohnen endlich umsetzen!“ 15 Jahre nach dem Inkrafttreten der UN BRK können viele Menschen mit Behinderungen immer noch nicht entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten wollen, weil ihnen nur Sondereinrichtungen zur Verfügung stehen. 2022 hat der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen seine „Leitlinien zur Deinstitutionalisierung (auch in Notfällen)“ veröffentlicht. Sie sollen als Grundlage für die Planung von Prozessen der Deinstitutionalisierung und der Verhinderung von Institutionalisierung auf Grundlage der Erfahrungen in der Corona-Pandemie dienen. Im Dezember 2022 legte der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Gerard Quinn, einen thematischen Bericht über die Transformation von Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen vor. Der Bericht benennt ein breites Spektrum an politischen Instrumenten, die den Staaten zur Verfügung stehen,	Anmeldung bis spätestens zum 10.11.2024 unter: forms.office.com/e/yjsiRaqBwG?origin=IprLink

	um einen Wandel im Dienstleistungssektor auch unter Einbeziehung der Leistungserbringer als Menschenrechtsakteure herbeizuführen.	
am 9./10 Dezember 2024 in Berlin	9. Deutscher EngagementTag: Online teilnehmen Der 9. Deutsche EngagementTag steht unter dem Leitmotiv: »Für starkes zivilgesellschaftliches Engagement – Gemeinsam Transformation gestalten«. Der EngagementTag soll den Raum für die intensive Auseinandersetzung mit folgenden Fragen bieten: Wie können wir Engagementstrukturen zukunftsfest gestalten und stärken? Welche Chancen bieten hierfür sektorenübergreifende Kooperationen und neue Ansätze der Zusammenarbeit und Förderung? Welche Potenziale und Möglichkeiten ergeben sich aus generationsübergreifendem und grenzüberschreitendem Engagement für die Transformation der Zivilgesellschaft? Wie können wir die digitalen Kompetenzen der Zivilgesellschaft ausbauen und Engagierte besser gegen Angriffe schützen? Wie lässt sich die Resilienz zivilgesellschaftlicher Organisationen erhöhen? Welche demokratiestärkende Kraft geht von Engagement aus, und wie muss es entsprechend geschützt und unterstützt werden? Welche Rolle spielt zivilgesellschaftliches Engagement bei der Bewältigung der Klimakrise und der nachhaltigen Gestaltung sozialer und politischer Strukturen?	Der Großteil der Veranstaltung ist auch online besuchbar, eine Anmeldung dazu weiterhin möglich. Detaillierte Informationen zum Tagungsprogramm, sowie die Möglichkeit zur Anmeldung finden sich auf der Veranstaltungswebseite. Veranstaltungswebseite mit Programm und Anmeldung https://bmfsfj-veranstaltung.bafza.de/9-deutscher-engagementtag-2024/start
Mittwoch, 11. Dezember 2024, 14.00 bis 17.00 Uhr Veranstaltungsort: HABEL am Reichstag Luisenstraße 19 10117 Berlin	Psychische Gesundheit von Sexarbeiter:innen - Abschlussveranstaltung: Ergebnisse der Studie und daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen In dieser Studie haben wir mehr als 400 Sexarbeiterinnen und 150 Sozialarbeiterinnen als Kontrollgruppe in Face-to-Face-Interviews ausführlich befragt und dabei die ersten empirischen Daten (quantitative) in Deutschland erhoben. Da mehr als 3/4 der Befragten eine Migrationsgeschichte und eine andere Muttersprache als Deutsch angaben, wurden die	Ihre Anmeldung bitte als E-Mail an xandra.herrmann@charite.de

	Interviews in den jeweiligen Muttersprachen der Frauen durchgeführt. Darüber hinaus haben wir auch qualitative Interviews durchgeführt, um aus erster Hand Zugangsbarrieren und Wünsche bzw. Verbesserungsvorschläge von den Studienteilnehmerinnen zu erhalten.	
16.12.2024 Ab 18:00 Uhr Drivery (Ullsteinhaus), Mariendorfer Damm 1, Berlin	FemaleCapital Pitch Night Liebe Berliner Community, encourageventures lädt Euch zur FemaleCapital Pitch Night ein, dem Höhepunkt unserer Initiative in Berlin! Wir freuen uns auf ein inspirierendes Event, bei dem das ganze Startup-Ökosystem aus Berlin herzlich willkommen ist. Hier treffen Investorinnen, die unsere Akademie absolviert haben und von erfahrenen Mentorinnen begleitet wurden, auf ambitionierte Gründer:innen und ihre vielversprechenden Geschäftsideen sowie auf weitere Business Angels sowie Expert:innen. Die angehenden Investorinnen der Initiative können ihr erworbenes Wissen anwenden und gezielt Gründerinnen fördern, die mit kreativen Ideen die Berliner Gründerszene bereichern. Was Euch sonst noch erwartet: • Eröffnung durch die Senatorin Franziska Giffey • Begrüßung durch encourageventures & SIB • Prof. Dr. Heike Hölzner stellt die Key-Takeaways der Studie She's got Wings zum Verhalten weiblicher Business Angels vor • Möglichkeiten zum Austausch und Networking • Potenzielle Investitionsmöglichkeiten in vielversprechende Startups	Anmeldung bis zum 10.12.2024 über den Link: https://airtable.com/appmazsl6yY5FloQy/shrYQndYhPbaAaZpgq
Online: 17. Dezember 2024 von 12-13 Uhr	Neue Webinar-Reihe „Von Daten zu Taten - Wie wir mit intersektionalen Repräsentationsdaten Machtstrukturen hinterfragen und Vielfalt stärken können“ Gemeinsam mit Dr. Petra Follmar-Otto (Leiterin der Abteilung Gleichstellung, BMFSFJ) und Dr. Hedda Ofoole Knoll (General Director, Employers for Equality) tauschen wir uns über die Notwendigkeit und Potenziale von intersektionalem Monitoring aus, um traditionelle Strukturen und Muster in	Anmeldung unter https://forms.office.com/Pages/ResponsePage.aspx?id=-nAeix9WJE-0bUG11SXKSkYO_M_tPGxBkDH3bGgDjD5UOURPOUpB_MURGNVNRT1Y4R1RaSEJXVkg2MS4u

	der Zivilgesellschaft wirksam aufzubrechen. Monitoring muss intersektional gedacht und gestaltet werden, um Raum für die Analyse und Offenlegung von Machtstrukturen zu bieten, zwischen gewünschter und unerwünschter Sichtbarkeit zu unterscheiden und marginalisierte Perspektiven so zu erfassen, dass daraus tatsächliche Maßnahmen und Organisationsentwicklungsprozesse resultieren. Mithilfe dieser Daten können wir sowohl Ungerechtigkeiten als auch Hebelpunkte für Veränderungen identifizieren und so den Weg für einen nachhaltigen Strukturwandel hinzu einer gerechteren Zivilgesellschaft bereiten. In unserer dreiteiligen Webinar-Reihe wollen wir die Brücke zwischen Theorie und Praxis schlagen und gemeinsam mit einem breiten Netzwerk an Akteur*innen beginnen, bisherige Monitoring Herangehensweisen kritisch zu hinterfragen und Ansätze eines intersektionalen Monitorings zu erproben.	
Den Link erhalten alle Angemeldeten am 17.12.24	ONLINE: Die guten Erkenntnisse und Resultate nehmen wir mit ins Neue Jahr 2025 -Einladung zur Mitfrauenversammlung Online Unter dem Motto „Die guten Erkenntnisse und Resultate nehmen wir mit ins neue Jahr“ wollen wir unsere Mitfrauenversammlung am 18.12. 2024 nutzen, um noch einmal auf unsere Veranstaltung am 19.9. im Rathaus Schöneberg: "Vom Nähfaden bis zur Atombombe ist alles Politik." - Feministische Allianzen gestern – heute – morgen" zurückzublicken. Die Dokumentation ist inzwischen unter https://berliner-frauenbund.de/jubilaumsfeier-2024/ online gestellt. Wir werden die MV online durchführen, um die Dokumentation und die Fotos per Bildschirmteilen in Ausschnitten "reinholen zu können".	Link zur Anmeldung https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSdYYpHmxzuuHp9weiCDaovOGzwa3pv2EtGdliG9frMvvU-qaA/viewform
Wintersemester zwischen 19.12.2024 und 13.02.2025	Öffentliche Ringvorlesung am ZIFG "Die Rückkehr des Krieges? Feministische Perspektiven auf Krieg, Militarismus und Gewalt"	Infos zu den einzelnen Vorlesungs- und

Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung TU Berlin TU Berlin, Hauptgebäude, Raum H 0107, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin, U-Bahn Ernst Reuter-Platz	Mit der Erweiterung des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine am 22. Februar 2022 kehrte der Krieg nach Europa zurück – so sahen es damals viele. Doch ist der Krieg je weg gewesen? Oder konnte sich West-Europa nur sehr lange der Illusion hingeben „Nie wieder Krieg!“ bedeute tatsächlich, dass imperiale Gewalt, Krieg und Völkermord für immer der Geschichte angehörten? Aus feministischer Perspektive gab es nie eine Zeit ohne Krieg. Die Zusammenhänge zwischen Krieg, Militarismus, patriarchaler Gewalt und Geschlechterverhältnissen aufzudecken und zu problematisieren, gehört daher zu den Kernanliegen feministischer Theorie und Praxis. Dass Krieg auch im Innern von Gesellschaften Gewalt legitimiert, dass sexualisierte Gewalt im Kriegsgeschehen als Waffe eingesetzt wird, Krieg und Militarisierung zur Verfestigung einer heteronormativen Geschlechterordnung beitragen und Krieg die Versicherheitlichung demokratischer Gesellschaften befördert, sind nur einige der Themen, die die internationalen feministischen Diskurse prägen. Doch die feministischen Antworten stehen auf dem Prüfstand. Es braucht neue Antworten, wie Pazifismus, Anti-Gewaltspolitik und internationale Konfliktlösungen in komplexen Konfliktkonstellationen feministisch gedacht werden können. Wie sieht transnationale, feministische Solidarität in Zeiten des Krieges aus und wie wird sie praktisch? Oder muss feministische Solidarität jetzt auch militärisch und national ausgerichtet sein? Gälte es nicht, angesichts der willkürlichen und zugleich systematischen Zerstörung von Leben noch entschlossener nach gewaltlosen und pazifistischen Lösungen zu suchen? Diesen und weiteren Fragen gehen wir in der Ringvorlesung „Die Rückkehr des Krieges?“ nach. Denn Krieg verlangt, dass wir hinsehen, wir uns um ihn sorgen. Und zwar nicht, weil wir den Krieg schätzen, sondern weil es gilt, an einer Welt ohne Krieg zu arbeiten – eine Welt, die Pluralität nicht nur akzeptiert, sondern als einen	Diskussionsthemen hier: www.tu.berlin/zifg
---	--	---

	glücklichen Umstand begreift, der die Lebenschancen aller erhöht.	
Freitag, 17. Januar 2025, 13.00 - 20.00 Uhr WO: bUm - Raum für solidarisches Miteinander Paul-Lincke-Ufer 21, 10999 Berlin	Einladung der FES zum Review der Reihe Progressive Männlichkeit In der Männlichkeiten-Reihe der FES wurden seit 2022 verschiedene Fragen zum Verhältnis von Männern zur feministischen Bewegung verhandelt. Ausgangspunkt war die Abgrenzung von Formen der toxischen Männlichkeit und die Suche nach einem progressiven Gegenbild. Diese Suche wurde immer auch als ein Prozess verstanden, in der es um kritische Selbstreflexion und um die Vielfalt von Männlichkeitsvorstellungen ging. Nun wollen wir mit Euch gemeinsam einige der Diskussionen nochmal aufgreifen und im aktuellen gesellschaftlichen Kontext diskutieren. Wir möchten Eure Expertise möglichst gut einbinden und in diesen politischen Zeiten mit Euch erörtern, welche Schlussfolgerungen und Handlungsmöglichkeiten wir sehen. Unser "Review" lädt Euch ein, themenoffen all die Aspekte rund um progressive Männlichkeit anzusprechen, mit unseren Expert_innen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Können Männer überhaupt Feministen sein? Was braucht es dazu? Warum ist eine feministische Welt auch für Männer gut? Und was bedeutet es, ein progressiver Mann zu sein?	Wir wollen schon jetzt wissen: Welche Aspekte interessieren Euch besonders zum Thema? Worüber möchtet ihr in Hinblick auf progressive Männlichkeit diskutieren? Teilt es uns gern mit und wir versuchen, Eure Punkte in die Tagung mit einzubringen: vielfalt@fes.de ANMELDUNG https://www.fes.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/280415
SAVE THE DATE	Forschungsnetzwerk Alterssicherung (FNA) Bald ist es wieder soweit: Die FNA-Jahrestagung findet statt. Am 30. und 31. Januar 2025 widmet sich die Alterssicherungsforschung-Community dem Thema "Zwischen Solidarität & Äquivalenzprinzip. Wie viel Umverteilung braucht die Alterssicherung?". Weitere Informationen und die Anmeldung folgen bald	
Donnerstag, dem 06.02.2025, um 18:00 Uhr, im Besucherzentrum CHECK-IN des	Save the Date: Gedenkveranstaltung anlässlich der 20. Jährgang des Femizids an Hatun Sürücü Hatun Sürücü wollte nur eins: ihr gutes Recht auf ein freies Leben. Sie wagte	

Tempelhofer Flughafens, Platz der Luftbrücke 5, C2 12101 Berlin	den Schritt, aus dem ihr von der Familie vorgegebenen Rollenbild auszubrechen – und musste letztlich dafür mit dem Leben bezahlen. Dieser schreckliche Femizid ist immer noch unfassbar und gleichzeitig Mahnung an uns alle. Wir dürfen es nicht tolerieren, dass auch heute noch Mädchen* und Frauen* Angst vor Gewalt oder sogar vor dem Tod haben müssen, weil sie ein freies, selbstbestimmtes Leben führen möchten. Zur Veranstaltung laden ein die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten von Neukölln und Tempelhof-Schöneberg.	
Mittwoch, 19. Februar 2024 von 18:00 – 20:30 Uhr am FPZ	Vortrag: Medizinische Möglichkeiten für trans* Menschen mit Kinderwunsch Vorkenntnisse sind nicht erforderlich und es wird ausreichend Zeit für Fragen und Diskussion geben. Der Vortrag richtet sich als Peer-to-Peer-Veranstaltung vorrangig an TINA* Personen. Beziehungs- oder Begleitpersonen sowie Allys sind herzlich willkommen.	Weitere Infos: https://www.fpz-berlin.de/A6-Karte-hoch-trans-Kinderwunsch-Februar-pdf-1471275.pdf
Vom 25.-26.02.25 findet in Berlin	Gleichstellungsforum 2025: Zeit für Weiterbildung! Dies wird von der Hans-Böckler-Stiftung organisiert. Thema der Veranstaltung ist die betriebliche Weiterbildung, die angesichts der sozial-ökologischen und digitalen Transformation aus Geschlechter- und Zeitperspektive betrachtet wird.	Informationen und Anmeldung https://www.hugo-sinzheimer-institut.de/aktuelle-veranstaltungen-18181-gleichstellungsforum-2025-zeit-fuer-weiterbildung-62127.htm
12.06.2025 ab 09 Uhr bis 15 Uhr im Rathaus Schöneberg	„Fachtag Intersektional - Diverse Arbeitswelt hier und jetzt?!“ von den Beauftragten des BA Tempelhof-Schöneberg Dabei liegt der diesjährige Schwerpunkt auf den Chancen einer diversen Arbeitswelt. Angeboten werden Workshops sowie ein Output von Teresa Bücker am Nachmittag.	

IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischen Umfeld

- **Adventskalender mit Tipps und Informationen für pflegende Angehörige**

Zum Öffnen der Türchen: <https://alter-pflege-demenz-nrw.de/adventskalender-fuer-pflegende-angehoerige-2024/>

- **Umfrage zum Partizipationsgesetz: Vielfalt bringt Arbeit im Landesdienst voran**

Vielfalt ist unverzichtbarer Teil der Berliner Identität. In Berlin leben Menschen, deren Wurzeln in über 180 Staaten weltweit reichen. Wir können stolz darauf sein, das hat unsere Stadt vorangebracht. Und das soll auch die Arbeit im Landesdienst weiter voranbringen. Aber wie viele Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten eigentlich in der Berliner Verwaltung, in Behörden und in den Bezirken? Das wurde jetzt in einer großen Befragung erfasst, deren Ergebnisse Integrations- und Arbeitssenatorin Cansel Kiziltepe in der vergangenen Woche vorgestellt hatte. Es sind 21,7% - obwohl 39,4% aller Berlinerinnen und Berliner einen Migrationshintergrund haben. Die Senatorin will das ändern und mehr von ihnen für den Landesdienst interessieren. Nicht nur, weil es das Berliner Partizipationsgesetz so vorsieht. Sondern vor allem, weil es die Stadt voranbringt, wenn auch die Verwaltung so vielfältig ist wie die Stadt.

Link zur Umfrage:

https://www.berlin.de/sen/asgiva/presse/pressemitteilungen/2024/pressemitteilung.1504895.php?utm_campaign=news.spd.berlin&utm_content=DB&utm_medium=nl&utm_source=nl

- **Sehr gutes neues APuZ-Heft zu reproduktiven Rechten**

Wie umfangreich – oder restriktiv – reproduktive Rechte ausgestaltet sind, erzählt viel über den Wert der Gleichheit in einer Gesellschaft und die Qualität ihres Zusammenlebens. Im Kern geht es um die Frage, wie es einer Gesellschaft, die sich selbst als frei und gleich versteht, gelingen kann, unterschiedliche Rechtsansprüche auf faire Weise auszutariieren

Weiter Lesen: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2024-43-44_online.pdf

- **„Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen / Leipziger Autoritarismus Studie 2024“**

Die Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie in Deutschland gelebt wird, schwindet. Sie ist im Osten so gering wie zuletzt 2006 (29,7%). Auch im Westen sinkt die Zustimmung (45,5%). Ausländerfeindlichkeit hat sich zu einem bundesweit geteilten Ressentiment entwickelt: Die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen hat in Westdeutschland deutlich zugenommen und nähert sich den Einstellungen im Osten an. Dies sind Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie. Seit 2002 erscheinen die Leipziger Studien - zum inzwischen 12. Mal spüren sie demokratischen wie antidemokratischen, pluralistischen wie autoritären Einstellungsmustern nach.

Weiter Lesen: Die gesamten Ergebnisse sind als freie PDF-Version über die Universität Leipzig und die Stiftungen abrufbar:

- <https://www.theol.uni-leipzig.de/kompetenzzentrum-fuer-rechtsextremismus-und-demokratieforschung/leipziger-autoritarismus-studie>
- <https://www.otto-brenner-stiftung.de/leipziger-autoritarismus-studie-2024>
- www.boell.de/leipziger-autoritarismus-studie

Das Buch „Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen / Leipziger Autoritarismus Studie 2024“ von Oliver Decker, Johannes Kiess, Aylene Heller & Elmar Brähler (Hg.) erscheint im Psychosozial Verlag, Göttingen 2024

- **In Kraft ist das Gesetz zur Verhinderung von Gehsteigbelästigungen in Kraft. Schwangere werden jetzt vor Schwangerschaftsberatungsstellen und Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, wirksam geschützt.**

Bundesfrauenministerin Lisa Paus: „Ich freue mich sehr, dass das Gesetz zur Verhinderung von Gehsteigbelästigungen jetzt wirken kann. Frauen auf dem Weg zur Beratungsstelle müssen nun keinen Spießrutenlauf mehr fürchten. Das Gesetz stellt die Letztverantwortung der Schwangeren in dieser höchstpersönlichen Angelegenheit sicher. Schwangere haben das Recht auf eine unvoreingenommene Beratung und eine selbstbestimmte Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch. Mit dem neuen Gesetz stärken wir die Rechte der Frauen. Gleichzeitig geben wir den Ländern klare, praxistaugliche und rechtssichere Instrumente an die Hand und schließen dadurch eine gesetzliche Lücke.“

Durch das neue Gesetz wird das Schwangerschaftskonfliktgesetz wie folgt geändert:

- Ungehinderter Zugang zu Einrichtungen: Es wird gesetzlich klargestellt, dass die Länder den Auftrag haben, den ungehinderten Zugang zu Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und zu Arztpraxen, OP-Zentren oder Krankenhäusern, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, zu gewährleisten.
 - Ratsuchende Schwangere besser schützen: Durch die Änderungen wird untersagt, dass Schwangere im unmittelbaren Umkreis der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen sowie vor Arztpraxen, OP-Zentren oder Krankenhäusern bedrängt, eingeschüchtert oder zum Beispiel am Betreten gehindert werden.
 - Personal besser schützen: Das Personal der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und der Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, wird ebenfalls geschützt. Ziel ist es, die ungestörte Ausübung der Tätigkeiten sicherzustellen.
 - Konsequente Ahndung: Es wird ein Bußgeldtatbestand eingeführt, nach dem die Belästigungen und Behinderungen mit einer Geldbuße von bis zu 5.000 Euro geahndet werden können.
 - Datenlage verbessern: Zur verbesserten Übersicht über die Anzahl an Einrichtungen, die Abbrüche vornehmen, ist eine Ergänzung der Bundesstatistik nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz vorgesehen. Erstmals können nun auch unterhalb der Landesebene Auskünfte zur regionalen Versorgungslage getroffen werden.
- **Regierungsmonitor Verfolgen Sie die Umsetzung wichtiger Maßnahmen der Bundesregierung**

Herzlich willkommen auf den Seiten des Regierungsmonitors! Hier können Sie sich über die Umsetzung wichtiger Maßnahmen der Bundesregierung informieren. Entdecken Sie selbst, woran die Bundesregierung aktuell arbeitet, was bereits vom Bundeskabinett beschlossen wurde und welche Gesetze schon in Kraft getreten sind. Der Regierungsmonitor wird einmal im Monat aktualisiert.

Weiter Lesen: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/regierungsmonitor?f=2128796%3A2128846>

- **Debatte um Entkriminalisierung zum Schwangerschaftsabbruch**

Neuer Vorstoß für Legalisierung von Abtreibungen

Abgeordnete aus mehreren Bundestagsfraktionen wollen noch vor der Bundestagswahl eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in den ersten drei Monaten erreichen. Die geltende Regelung stelle „eine erhebliche Einschränkung der Selbstbestimmung, der persönlichen Integrität und der körperlichen Autonomie Schwangerer dar und kann ihrer körperlichen und seelischen Gesundheit Schaden zufügen“, heißt es in dem Gesetzentwurf.

Weiter Lesen: www.sueddeutsche.de/gesundheit/schwangerschaft-neuer-vorstoss-fuer-legalisierung-von-abtreibungen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-241114-930-288438

- **ZDF-Sendung greift Gewalt gegen behinderte Frauen auf**

Die bundesweite Selbstvertretungsorganisation von Frauen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen und Behinderungen Weibernetz empfiehlt wärmstens das Anschauen der neuesten ZDF-Sendung "Die Anstalt", die am 12. November 2024 ausgestrahlt und ins Internet eingestellt wurden. Es geht um das Patriarchat, Gewalt gegen Frauen, Femizide - jeden 2. Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet, die Umsetzung der Istanbul Konvention. Es geht auch um die häufige sexualisierte Gewalt gegen Frauen mit Behinderung - in der Werkstatt für behinderte Menschen, im Fahrdienst. Es geht um Ableismus im Netz und im Analogen. Unter anderem mit Moderatorin und Performerin: Kübra Sekin. Abhilfe schaffen sollte das Gewalthilfegesetz, welches nun ebenfalls nach dem Ampel-Aus voraussichtlich liegen bleiben wird. Mit dem Gesetz sollte eine einheitliche Finanzierung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen durch Bund und Länder geschaffen werden, verbunden mit einem Ausbau des Hilfesystems und sukzessiver Barrierefreiheit. Darauf hat das Weibernetz die kobinet-nachrichten aufmerksam gemacht.

Der Link zur Sendung „Die Anstalt“ vom 12.11.2024 mit dem Titel „Freunde des Patriarchats“ <https://www.zdf.de/comedy/die-anstalt/die-anstalt-vom-12-november-2024-100.html>

- **Intersektionalität und die Istanbul-Konvention, mit einem besonderen Fokus auf vulnerable Gruppen**

Besonders Mädchen und Frauen, die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind - u.a. geflüchtete und migrantische Mädchen und Frauen sowie Mädchen und Frauen mit Behinderung oder Beeinträchtigung - stellen besonders vulnerable, diskriminierungsgefährdete Gruppen mit einem stark erhöhtem Gewaltrisiko dar, die jedoch gleichzeitig vor den größten Hürden stehen, medizinische, rechtliche oder psychosoziale Unterstützung oder einen Zugang zu Schutzräumen in unseren Gewaltschutzsystemen zu finden. Vielmehr werden ihre Schutzbedürfnisse in der Praxis oft auf alarmierendste Weise vernachlässigt.

Die Istanbul-Konvention ist hier eindeutig: sie fordert - als staatliche Verpflichtung - neben einem ganzheitlichen Ansatz explizit eine multiperspektivische, diskriminierungsfreie Umsetzung von deren Maßnahmen, die die spezifischen Bedürfnisse und Hürden von besonders vulnerablen Gruppen konkret mit einbeziehen - und somit die unterzeichnenden Staaten auffordert, dass insbesondere auch diese Gruppen erreicht, vor Gewalt geschützt und unterstützt werden.

- **Selbsttest: „Bin ich Feminist*in“ „Bin ich feministisch?“**

Gemeinsam mit dem Bundesforum Männer hat die BAG – Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen den Selbsttest "Bin ich feministisch?" entwickelt. Auf spielerische Art und Weise kann jede*r überprüfen, ob noch Menge Luft nach oben ist oder die Person schon ein Vorbild in Sachen Feminismus ist. Dieser interaktive Test bietet eine einfache Möglichkeit, sich kritisch mit der eigenen Haltung auseinanderzusetzen und festgefahrene Denkmuster und Stereotype zu hinterfragen und dazu jede Menge Hintergrundinfos zu feministischen Themen.

Link zum Selbsttest: <https://bist-du-feministisch.de/>

Der Selbsttest ist mehr als nur ein Fragebogen – er ist ein Werkzeug, das Denkanstöße gibt und Wissen vermittelt. Mit gezielten Fragen zu Themen der Gleichstellung zeigt er

auf, wo man selbst steht, und liefert zusätzliche Informationen, um das Verständnis zu vertiefen. Ziel ist es, eine breite Öffentlichkeit anzusprechen und das Bewusstsein für die Bedeutung von Gleichstellung und Feminismus in unserem Alltag zu fördern. Der Link kann gerne geteilt und gepostet werden.

- **Jubiläumsbroschüre „Auf den Schultern starker Frauen“**

In der Broschüre der BAG – Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellenden werden 40 Jahre Geschichte der Bundesarbeitsgemeinschaft dokumentiert. Darin sind unter anderem: viele Fotos, Interviews mit Mitbegründerinnen und eine Übersicht der wichtigsten Meilensteine der BAG. Sie beschreibt die Arbeit der BAG von ihrem Anbeginn bis heute. Wie ist der Zusammenschluss entstanden? Wie konnte ein Netzwerk aufgebaut werden? Wie konnten Ost und West zusammenwachsen? Wie konnten Geschlechterthemen in den Mainstream gerückt werden?

Die Broschüre gibt es als Download hier:

<https://www.gleichberechtigt.org/jubil%C3%A4umsbrosch%C3%BCre-zu-40-jahren-bag>

- **30 Jahre Grundgesetzzusatz: Ökonomische Eigenständigkeit von Frauen ist überfällig**

„Die ökonomische Gleichstellung von Frauen und Männern ist überfällig. Nach 75 Jahren Grundgesetz und 30 Jahren Pflicht zur aktiven Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern brauchen wir endlich die partnerschaftliche Aufteilung unbezahlter Sorgearbeit, gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit und geteilte Führungspositionen in Politik und Wirtschaft“, fordern die 32 Mitgliedsorganisationen des Bündnisses Sorgearbeit fair teilen. „Equal Pay gibt es nur im Doppelpack mit Equal Care. Damit Frauen ökonomisch auf eigenen Beinen stehen können, muss unbezahlte Sorgearbeit partnerschaftlich geteilt werden.“

Die vollständige Pressemitteilung hier: <https://www.gleichberechtigt.org/30-jahre-zusatz-im-grundgesetz-%C3%B6konomische-eigenst%C3%A4ndigkeit-von-frauen-ist-%C3%BCberf%C3%A4llig>

- **18 Jahre Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz: Ein Meilenstein wird volljährig**

Rund dreihundert geladene Gäste aus Politik und Zivilgesellschaft feierten bei einem Festakt den 18. Geburtstag des deutschen Antidiskriminierungsgesetzes. Die Unabhängige Bundesbeauftragte, Ferda Ataman, würdigte in ihrer Rede die Einführung des AGGs als wichtigen Meilenstein, wies aber auch auf dringenden Reformbedarf hin. Die Keynote bei dem Festakt hielt der Publizist und Autor Prof. Dr. Michel Friedman.

Weiter Lesen:

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/nl_02_2024/nl_02_aus_der_arbeit_2.html

- **Kampagne: Nutze dein Recht – wir zeigen dir wie!**

Umfragen zeigen: Nur etwa zehn Prozent der Menschen, die Diskriminierung erfahren, gehen auch dagegen vor. Deshalb konzentrieren wir uns bei unserer Kampagne #habichwasgegen dieses Jahr darauf, Betroffene über ihre Rechte zu informieren und sie zu ermutigen, sich gegen erlebte Benachteiligungen zu wehren.

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/nl_02_2024/nl_02_aus_der_arbeit_4.html

- **Stellungnahme an das Bundesverfassungsgericht zum Thema Altersdiskriminierung**

Ist eine Altershöchstgrenze für Notare über 70 zulässig? In einem aktuellen Verfahren (1 BvR 1796/23) beschäftigt sich das Bundesverfassungsgericht mit der Verfassungsmäßigkeit einer gesetzlichen Altersgrenze für Notar*innen.

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/nl_02_2024/nl_02_aus_der_beratungspraxis_1.html

- **Fünfter Gemeinsamer Bericht**

Erstmals legen acht Beauftragte einen gemeinsamen Bericht zu „Diskriminierung in Deutschland“ vor. Sie fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, die Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zügig umzusetzen, um Menschen in Deutschland besser vor Diskriminierung zu schützen.

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/nl_02_2024/nl_02_studien_u_veroeffentlichungen1.html

- **„Genderverbote“ verfassungsrechtlich riskant**

Verbietet der Staat einen inklusiven und geschlechtergerechten Umgang mit Sprache, ist das verfassungsrechtlich problematisch. Zu dieser Einschätzung kommt die Antidiskriminierungsstelle des Bundes in einem Kurzgutachten, das in der Schriftenreihe „Standpunkte“ erschienen ist.

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/nl_02_2024/nl_02_studien_u_veroeffentlichungen3.html

- **Neuer Flyer zum Diskriminierungsschutz in Deutschland**

Sie möchten sich kurz und bündig darüber informieren, wie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz vor Diskriminierung schützt und wobei die Antidiskriminierungsstelle des Bundes helfen kann? Dann bestellen Sie unseren neuen Flyer „Wir haben was gegen Diskriminierung“ kostenfrei auf unserer Website.

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/nl_02_2024/nl_02_studien_u_veroeffentlichungen4.html

- **Berlin: Betroffenenrat stärkt Gewaltschutz: Koalition bringt Initiativantrag ein!**

Gewalt gegen Frauen und Mädchen bleibt eine erschreckende Realität, die uns alle betrifft. Fast jeden Tag wird eine Frau in Deutschland ermordet. Alle drei Minuten erfährt eine Frau oder ein Mädchen häusliche Gewalt, und über 140 Sexualstraftaten werden täglich angezeigt. Diese Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit, mit der gehandelt werden muss.

„Gewalt gegen Frauen ist kein Einzelfall, sondern Ausdruck eines tief verankerten strukturellen Machtungleichgewichts zwischen den Geschlechtern“, erklärt Mirjam Golm, Sprecherin für Frauen und Gleichstellung der SPD-Fraktion Berlin. „Wir müssen den Betroffenen zuhören und ihre Perspektiven systematisch einbinden, um nachhaltige Lösungen zu schaffen.“

Die Berliner Koalitionsfraktionen haben bereits im August die Arbeit an einem dringlichen Initiativantrag aufgenommen, der heute ins Plenum eingebracht wird. Ziel des Antrags ist es, einen Betroffenenrat einzurichten, der die Expertise von Gewaltbetroffenen in die Weiterentwicklung des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention einbringt.

„Betroffene sind keine passiven Opfer, sondern Expert*innen in eigener Sache“, so Golm. „Ihre Perspektive ist essenziell, um Hilfesysteme zu verbessern, Prävention effektiver zu gestalten und Schutzangebote bedarfsgerecht auszurichten.“

Der Betroffenenrat wird nicht nur bestehende Maßnahmen bewerten, sondern aktiv an der Verbesserung und Umsetzung neuer Strukturen mitwirken. „Im Gegensatz zu den Vorschlägen der Opposition, die einen rein kontrollierenden Beirat vorsehen, setzen wir auf echte Beteiligung mit Umsetzungskompetenz. Es geht uns nicht um Symbolik, sondern um konkrete Ergebnisse, die langfristig wirken“, betont Golm.

Der Antrag der Koalition hebt Berlin als Vorreiter im Gewaltschutz hervor. „Unser Ziel ist ein Hilfesystem, das nicht nur schützt, sondern auch Hoffnung gibt“, erklärt Golm abschließend.

Mit diesem Initiativantrag setzt Berlin ein klares Zeichen: Der Schutz von Gewaltbetroffenen hat oberste Priorität – ohne Wenn und Aber. Die SPD-Fraktion Berlin zeigt, dass sie Verantwortung übernimmt und sich entschieden an die Seite der Betroffenen stellt.

Kontakt: Jérôme Lombard, Pressesprecher, 0151 29506880

- **Was gegen Armut hilft**
Die Zunahme der Armut ließe sich stoppen. Dazu sind Maßnahmen auf verschiedenen politischen Ebenen nötig.

Seit 2010 sind die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland und die Armut deutlich gestiegen. Das hat für viele Menschen drastische Folgen in ihrem Alltag: Schon 2021, also vor dem Beginn der Inflationswelle, hatten mehr als 40 Prozent der Armen und über 20 Prozent der Menschen in der Gruppe mit prekären Einkommen etwas oberhalb der Armutsgrenze keinerlei Rücklagen, um kurzfristige finanzielle Notlagen zu überbrücken. Rund zehn Prozent der Armen waren zudem finanziell nicht in der Lage, abgetragene Kleidung zu ersetzen. Knapp 17 Prozent konnten sich Freizeitaktivitäten wie einen Kinobesuch im Monat oder den Besuch einer Sportveranstaltung nicht leisten. Knapp 14 Prozent fehlte das Geld, um wenigstens einmal im Monat Freunde zum Essen einzuladen. Das geht aus dem jüngsten Verteilungsbericht des WSI hervor, den Dorothee Spannagel und Jan Brülle verfasst haben.

Die Analysen der Forschenden zeigen zudem, dass Menschen mit geringen Einkommen öfter mit dem politischen System hadern als andere.

Weiter Lesen: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-was-gegen-armut-hilft-64961.htm>

- **Wider die Lohnlücke**
Frauen sind im Hinblick auf Lohn, Aufstiegschancen und Sorgearbeit nach wie vor benachteiligt. Damit sich das ändert, muss sich auf betrieblicher, gesetzlicher und gesellschaftlicher Ebene etwas tun.

Der Fortschritt ist bisweilen eine Schnecke – besonders in Sachen Geschlechtergleichheit. Wie weit der Weg dahin auf dem deutschen Arbeitsmarkt noch ist, welche Hindernisse es gibt und wie sie sich überwinden lassen, hat die Wirtschaftswissenschaftlerin und Beraterin Andrea Jochmann-Döll analysiert. Dafür hat sie Literatur ausgewertet sowie die Verantwortlichen für Frauen- und Gleichstellungspolitik des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften befragt. Ihr von der Hans-Böckler-Stiftung geförderter Bericht ist Teil eines Projekts zum Stand der Entgeltgleichheit in den nordischen Staaten und in Deutschland, das der Rat der nordischen Gewerkschaften, die Friedrich-Ebert-Stiftung und der DGB initiiert haben. „Die Studie macht deutlich, dass Entgeltgleichheit von Frauen und Männern kein Wunsch-traum ist, denn es gibt erprobte Mittel gegen

Lohnungleichheit“, so Christina Schildmann, Leiterin der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. „Doch der Weg dorthin ist vielerorts noch weit.“ ...
Weiter lesen: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-wider-die-lohnlucke-64943.htm>

- **Nicht auf der Seite der Beschäftigten**
Wenn es um kollektives Arbeitsrecht geht, laufen die Positionen der AfD den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zuwider.

Rechtspopulistische Parteien nehmen für sich gern in Anspruch, auf Seiten der „kleinen Leute“ zu stehen. Tatsächlich spielt ihre Programmatik oft eher den Reichen und Mächtigen in die Hände. Das gilt auch für die AfD: Laut einer vom HSI geförderten Studie des Sozialwissenschaftlers Michael Barthel vom Verein zur Bewahrung der Demokratie betrachtet die Partei Fragen des kollektiven Arbeitsrechts „primär unter dem Aspekt des wirtschaftlichen Erfolgs der Unternehmen“. Bei einer Regierungsbeteiligung sei mit Einschränkungen des Streikrechts, Aufweichungen der Tarif-autonomie, erschwerten Bedingungen für Gewerkschaften und Druck auf die betriebliche Mitbestimmung zu rechnen.

Ernesto Klengel, der wissenschaftliche Direktor des HSI, meint zu den Ergebnissen: „Dass die selbsternannte Partei der kleinen Leute zum Sozialstaat oder zu den individuellen Rechten von Beschäftigten wie dem Mindestlohn nicht die Interessen der Mehrheit der Beschäftigten vertritt, dazu liegen bereits Veröffentlichungen vor. Weniger bekannt sind hingegen die Positionen, die im Umfeld der Partei zum kollektiven Arbeitsrecht, einem zentralen Feld der Arbeitsbeziehungen, vertreten werden.“
Weiter lesen: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-afd-nicht-auf-der-seite-der-beschaeftigten-64909.htm>

- **Digitalisierung, KI und Pflege: Auf der Suche nach der digitalen Dividende**

Mit der Digitalisierung und dem Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) verbinden sich große Hoffnungen in der Pflegebranche. In Zeiten des steigenden Fachkräftemangels und wachsender Arbeitsbelastungen sollen technologische Innovationen vor allem die dringend benötigte Entlastung für beruflich Pflegenden bringen. Doch wie realistisch sind diese Erwartungen? Inwiefern verringern digitale Anwendungen tatsächlich die Arbeitsmenge und den Zeitdruck in der Pflege? Das neue Impulspapier „Digitalisierung, KI und Pflege: Auf der Suche nach der digitalen Dividende“ analysiert den gegenwärtigen Forschungsstand und liefert wertvolle Einblicke in die Potenziale und Herausforderungen der digitalen Transformation in der Pflege. Es mangelt an Evidenz zum tatsächlich realisierbaren Nutzen digitaler Lösungen im pflegerischen Arbeits- und Versorgungsalltag. Deswegen braucht es zeitnah mehr betriebliches Wissen und wissenschaftliche Forschung zur Wirksamkeit digitaler und KI-basierter Anwendungen auf die Arbeitsqualität. Erkenntnisse aus Praxis und Wissenschaft müssen zudem in die Breite kommuniziert werden.

Link zum Impulspapier: <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/21630.pdf>

- **Richtlinien über Europäischen Behindertenausweis**

Am 14. Oktober 2024 hat der Rat der Europäischen Union einstimmig zwei Richtlinien zur Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in der EU verabschiedet. Diese beinhalten die Einführung eines Europäischen Behindertenausweises und eines Parkausweises für Menschen mit Behinderungen sowie deren Ausweitung auf Nicht-EU-Bürger*innen. Die Richtlinien werden es Menschen mit Behinderungen erleichtern, innerhalb der EU zu reisen. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE, begrüßt die Richtlinie: »Dies ist ein wichtiger Schritt, um Menschen mit Behinderungen europaweit in die

Freiwilligenarbeit einzubeziehen«. Nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt haben die Mitgliedsstaaten zweieinhalb Jahre Zeit, um ihre Gesetze anzupassen und dreieinhalb Jahre, um die Maßnahmen umzusetzen. Der Präsident des Europäischen Behindertenforums (EDF) Yannis Vardakastanis sagte: »Wir freuen uns, dass endlich die letzten Hürden geräumt wurden. Wir hoffen nun, den gleichen Ehrgeiz und die gleiche Schnelligkeit der EU-Länder zu sehen, wenn wir anfangen, die Karten zu erteilen und zu akzeptieren.«

Pressemitteilung des Rates: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/10/14/european-disability-card-and-european-parking-card-for-persons-with-disabilities-council-adopts-new-directives/>

Weitere Informationen: <https://asbh.de/aktuelles/aktuelles-zum-eu-behindertenausweis-und-europaeischer-parkausweis/>

- **Wahrnehmungen zu Arbeitsbedingungen aus der Perspektive von Frauen und Männern**

Die Autorin eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung analysiert, inwiefern sich die Wahrnehmung von Erwerbsarbeit, den Arbeitsbelastungen und Arbeitsmerkmalen zwischen Männern und Frauen sowie Müttern und Vätern unterscheidet. Ihr Fazit: „Wenn Arbeitgeber*innen und Politik eine höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern anstreben, sollten Rahmenbedingungen der Erwerbsarbeit umfassend angepasst werden.“

FES diskurs Weiter lesen: <https://www.fes.de/themenportal-wirtschaft-finanzen-oekologie-soziales/artikelseite/eine-frage-des-geschlechts>

- **Entgeltgleichheit - Wege zum Ziel - Der deutsche Beitrag zu einem nordisch-deutschen Kooperationsprojekt von Gewerkschaften**

In einem Working Paper der Hans-Böckler-Stiftung wird der Frage nachgegangen, wie sich die Entgeltunterschiede zwischen den Geschlechtern reduzieren lassen und welche Rolle den Gewerkschaften bei der Herstellung von Entgeltgleichheit zukommt.

Working Paper: <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-weiter-weg-zur-entgeltgleichheit-64515.htm>

- **Geschlechtergerechtigkeit im Vergaberecht: Nicht nur grün, sondern auch gerecht**

Der Deutsche Juristinnenbund (djb) fordert in einer Stellungnahme zum „Vergabetransformationspaket“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz eine stärkere Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten: „Obwohl die Einführung sozialer Kriterien als Verbesserung zu werten ist, fehlen klare Vorgaben zur Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit.“

Stellungnahme: <https://www.djb.de/presse/stellungnahmen/detail/pm24-73?actbackPid=65&cHash=c9142df8fa13b40d276b799f229f42e0>

- **EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025**

Die Europäische Kommission hat einen Bericht über die Umsetzung des EU-Aktionsplans gegen Rassismus 2020-2025 und über die nationalen Aktionspläne gegen Rassismus und Diskriminierung veröffentlicht. Es zeige sich, dass der EU-Aktionsplan die Mitgliedstaaten darin bestärkt habe, nationale Aktionspläne gegen Rassismus auszuarbeiten und umzusetzen.

Bericht: https://commission.europa.eu/document/download/4968fa88-5350-48d9-bf36-abd3c0142aa8_de?filename=COM_2024_419_1_DE_ACT_part1_v4-full.pdf

- **Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Die Zufriedenheit mit der Demokratie nimmt ab**

Unter dem Titel „Vereint im Ressentiment - Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen“ wird in der Autoritarismus-Studie der Universität Leipzig untersucht, wie sich rechtsextreme und autoritäre Einstellungen in Deutschland im Jahr 2024 verändert haben.

Studie: <https://www.boell.de/de/leipziger-autoritarismus-studie>

- **Aus Politik und Zeitgeschichte: Flucht und Migration**

Die aktuelle Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APuZ) hat den Schwerpunkt Flucht und Migration. In den Beiträgen werden etwa die Postmigrantische Gesellschaft, die Rolle von Migrantenselbstorganisationen oder das EU-Migrations- und Asylpaket behandelt. Die Autor*innen liefern wichtige Hintergrundinformationen und Impulse zum Thema.

Zeitschrift: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/flucht-und-migration-2024/>

- **Ukrainische Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt**

Im IAB-Forum des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird die Erwerbsintegration ukrainischer Geflüchteter untersucht. Die Daten zeigen, dass ukrainische Geflüchtete vor allem in einfachen Tätigkeiten beschäftigt werden. Bei der Beschäftigungsquote liegt Deutschland im europäischen Mittelfeld.

IAB-Forum: <https://www.iab-forum.de/betriebe-beschaeftigen-ukrainische-gefluechtete-vor-allem-in-einfachen-taetigkeiten/>

- **Antimuslimischer Rassismus und islamistischer Extremismus: Wechselseitige Bezüge in Forschung und pädagogischer Praxis**

Die "Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention" des Deutschen Jugendinstituts (DJI) hat eine Studie zu den wechselseitigen Verbindungen von antimuslimischem Rassismus und islamistischem Extremismus in der pädagogischen Praxis veröffentlicht.

Studie:

<https://www.dji.de/veroeffentlichungen/literatursuche/detailansicht/literatur/35465-antimuslimischer-rassismus-und-islamistischer-extremismus.html>

- **EU-Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen**

Die Europäische Kommission hat einen Bericht über die Umsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020-2025 veröffentlicht. Darin wird festgestellt, dass sich die Umsetzung der Strategie positiv auf die Situation von LGBTIQ-Personen in Europa auswirkt. Die Fortschritte seien jedoch fragil und nicht unumkehrbar.

Bericht: https://commission.europa.eu/document/download/d9e23ccc-4032-41d0-b208-68650103ef8a_de?filename=DE.pdf

- **Lancet-Countdown-Bericht 2024**

Im aktuellen Bericht von "The Lancet Countdown: Tracking Progress on Health and Climate Change" werden die gesundheitlichen Gefahren des Klimawandels untersucht. Diese laut der Autor*innen 2024 ein Rekordniveau erreicht.

Bericht: <https://lancetcountdown.org/2024-report/>

- **Umfassender und detailreicher Sozialbericht 2024 – Ein Datenreport für Deutschland**

Der Sozialbericht der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), dem Statistischen Bundesamt (Destatis), dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) liefert umfangreiche statistische Daten und sozialwissenschaftliche Analysen zu den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland. Die Zahlen zeigen unter anderem, dass sich die Ungleichheit und das Armutsrisiko kaum verändert haben.

Bericht:

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/11/PD24_416_p001.html

- **Ursachen der Nicht-Nutzung von monetären und infrastrukturellen sozialpolitischen Leistungen**

In einer Studie des Deutschen Instituts für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DIFIS) werden die Gründe dafür untersucht, warum nicht alle Menschen, die ein Recht auf die Nutzung sozialpolitischer Leistungen haben, diese auch in Anspruch nehmen. Außerdem wird dargestellt, wie die Angebote aus einer nutzerorientierten Perspektive gestaltet sein müssten.

Studie: <https://difis.org/publikationen/publikation/86>

- **Europäischer Regionalgipfel für Menschen mit Behinderungen**

Am 06.12.24 findet in Berlin der Europäische Regionalgipfel für Menschen mit Behinderungen statt, der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), dem Europäischen Behindertenforum (EDF) und dem Deutschen Behindertenrat (DBR) veranstaltet wird. Auch eine Online-Teilnahme ist möglich.

Informationen und Anmeldung: <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Teilhabe-und-Inklusion/European-Regional-Disability-Summit/european-regional-disability-summit-deutsch.html>

- **BKA Zahlen zu Partnerschaftsgewalt**

155 Frauen wurden in Deutschland 2023 von ihrem (Ex-)Partner getötet, d.h. alle zwei Tage tötete ein Mann seine (Ex-)Partnerin. Jeden Tag fand ein Tötungsversuch statt. Weniger als alle vier Minuten fügte ein Mann seiner (Ex-)Partnerin Gewalt zu. Alle zwei Stunden erfuhr eine Frau sexualisierte Gewalt durch ihren (Ex-)Partner. Partnerschaftsgewalt ist die häufigste Gewaltform. Vermutlich ist die Dunkelziffer noch wesentlich höher, denn nur angezeigte Gewalt fließt in die Statistik ein.

Studie: <https://unwomen.de/gewalt-gegen-frauen-in-deutschland/>

- **Bericht zu Femiziden weltweit**

Der neue Bericht von UN Women und UNODC zeigt: Im Jahr 2023 wurden weltweit 85.000 Frauen und Mädchen vorsätzlich getötet. 60% dieser Tötungsdelikte wurden von einem Partner oder Familienmitglied begangen. Das sind jeden Tag 140 Frauen und Mädchen. Alle 10 Minuten eine. Dort, wo sie am sichersten sein sollten, sind sie am wenigsten sicher. Mehr in der Presseerklärung: <https://www.unwomen.org/en/news-stories/press-release/2024/11/one-woman-or-girl-is-killed-every-10-minutes-by-their-intimate-partner-or-family-member>

- **Ausbildung von jungen Menschen mit Behinderungen: alles inklusiv?**

Im Jahr 2009 hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) unterzeichnet und sich verpflichtet, die Gesellschaft zunehmend inklusiv zu gestalten. Das bedeutet, Menschen mit Behinderungen sollen die gleichen Möglichkeiten zur

Teilhabe in der Gesellschaft haben - dies gilt insbesondere für die Bereiche Schule, Ausbildung und Arbeit. Anlässlich des Welttages der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember untersucht die DGB-Studie, wie inklusiv die berufliche Ausbildung von jungen Menschen mit Behinderungen 15 Jahre nach Unterzeichnung der UN-BRK ist.

Weiter lesen:

https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Studien/Arbeitsmarkt_Aktuell/241125_Ausbildung_junger_Menschen_mit_Behinderungen.pdf

- **Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen - Leipziger Autoritarismus Studie 2024**

Wie haben sich rechtsextreme und autoritäre Einstellungen in Deutschland im Jahr 2024 verändert? Nehmen Vorurteile und Ressentiments in unsicheren Zeiten wieder zu? Und wie stehen die Deutschen heute zur Demokratie? Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 zeigt als repräsentative Langzeitstudie die Entwicklung von Einstellungen im Zeitverlauf auf und liefert Erklärungen.

Mehr lesen: <https://www.boell.de/de/2024/11/13/vereint-im-ressentiment-autoritaere-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen>

- **Das Problem sind autoritäre Populisten, nicht Gendern und Klimaschutz**

Politische Debatten sind zunehmend geprägt von Populismus, Emotionalisierung und unsachlicher Kritik an politischen Gegner*innen. Inhalte treten dabei in den Hintergrund. Das spaltet die Gesellschaft, schürt ein Klima des Misstrauens und löst keine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Politische Akteure sollten sich stattdessen auf Inhalte konzentrieren und Verantwortung übernehmen. Mehr lesen:

<https://heimatkunde.boell.de/de/2024/11/29/das-problem-sind-autoritaere-populisten-nicht-gendern-und-klimaschutz>

- **25 Jahre Landesgleichberechtigungsgesetz für behinderte Menschen in Berlin**

Mit einem Festakt im Festsaal des Roten Rathauses feierte Berlin am 29. November 2024 das 25-jährige Bestehen des Landesgleichberechtigungsgesetzes (LGBG). Seit einem Vierteljahrhundert bildet es die rechtliche Grundlage für gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderungen und für den Abbau von Barrieren in Berlin. Die Senatorin Cansel Kiziltepe erklärte dazu: „Das Berliner LGBG ist einzigartig: Als das erste und umfassendste Landesgesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland ist es ein Vorbild für die fortschrittliche Inklusionspolitik. Es hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmteres Leben führen können. Das LGBG ist von herausragender Bedeutung für die Entwicklung zu einer noch inklusiveren Gesellschaft in unserer Stadt.“

Weiter lesen: <https://kobinet-nachrichten.org/2024/12/01/25-jahre-landesgleichberechtigungsgesetz-fuer-behinderte-menschen-in-berlin/?sajmn60>

- **Perspektiven und politische Einstellungen von Menschen mit Migrationsgeschichte**

In Deutschland leben derzeit 21 Millionen Mitbürger_innen mit familiärer Migrationsgeschichte. Sie sind entweder selbst nach Deutschland eingewandert, oder haben Eltern oder Großeltern, die nicht in Deutschland geboren sind und sich hier unter unterschiedlichen Umständen ein neues Leben aufgebaut haben. In der wahlberechtigten Bevölkerung stellt diese Gruppe fast 14%. Sie sind Teil der deutschen Gesellschaft,

bringen aber durch biographische Erfahrungen andere und neue Perspektiven auf gesellschaftliche Herausforderungen mit.

Die Studie beruht auf acht Fokusgruppen und bildet nach der quantitative Analyse den zweiten Baustein des Projekts. Sie zeigt, dass Migrationserfahrungen nur ein Moosikstein in der Entwicklung politischer Einstellungen sind, neben einer komplexen Verknüpfung von sozialen, ökonomischen und individuellen Faktoren.

Weiter Lesen: <https://www.fes.de/abteilung-analyse-planung-und-beratung/artikelseite-apb/muster-und-motive-politischer-einstellungen-von-menschen-mit-familiaerer-migrationsgeschichte-in-deutschland>

- **Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland - Erster „Monitor Gewalt gegen Frauen“: Strategien, Standards und mehr Geld dringend nötig**

Bund, Länder und Kommunen sind seit 2018 verpflichtet, Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhindern, vor ihr zu schützen und Täter wirksam strafrechtlich zu verfolgen. „Sechs Jahre nach Inkrafttreten der Istanbul-Konvention in Deutschland fehlen immer noch eine nationale Gesamtstrategie, flächendeckende verbindliche Standards und notwendige Ressourcen, um das Recht aller Frauen und Mädchen auf ein gewaltfreies Leben umzusetzen“, erklärt Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte. „Nicht zuletzt mangelt es an Verständnis für die strukturellen Dimensionen geschlechtsspezifischer Gewalt“, so Rudolf weiter. Das sei – trotz einzelner Fortschritte – das alarmierende Fazit des ersten „Monitor Gewalt gegen Frauen“. Den Bericht hat die Berichterstattungsstelle geschlechtsspezifische Gewalt des Deutschen Instituts für Menschenrechte heute in Berlin veröffentlicht.

Weiter lesen: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/erster-monitor-gewalt-gegen-frauen-strategien-standards-und-mehr-geld-dringend-noetig>

- **Dokumentationen des AKF:**

Zum Reinschauen und Nachlesen geht es hier lang:

- Fachtag Eizellspende und Leihmutterschaft am 1.11.2024
<https://www.arbeitskreis-frauengesundheit.de/2024/12/03/fachtag-eizellspende-und-leihmutterschaft-1-nov-2024/>
- Fachtagung Frauengesundheit und Klimawandel am 2./3.11.2024
<https://www.arbeitskreis-frauengesundheit.de/2024/12/03/fachtagung-frauengesundheit-und-klimawandel-2-3-nov-2024/>

- **Schutz & Prävention im Ehrenamt**

Viele gesellschaftliche Veränderungen belasten den Zusammenhalt unserer Gemeinschaft stark. Die Kommunikation miteinander und untereinander wird zunehmend übergreifend und polarisierend. Betroffen sind nicht nur politische Mandatstragende, sondern auch engagierte Menschen, die vermehrt bedroht, eingeschüchtert und sogar angegriffen werden. Besonders Migrant:innenorganisationen und Organisationen von queeren Menschen berichten von wachsenden Sicherheitsbedenken und häufigen Gefährdungssituationen. Der Bedarf an Präventions- und Schutzmaßnahmen ist deutlich spürbar.

Im Pilotprojekt „Schutz- und Präventionsnetzwerk für das Ehrenamt“ arbeitet die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) mit fünf Dachverbänden zusammen, um gemeinsam passende Konzepte und konkrete Maßnahmen zu entwickeln. Die Ergebnisse werden Engagierten als Handreichungen online und als Printmaterialien zur Verfügung gestellt.

Weiter lesen: <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/schutz-und-praevention-im-ehrenamt/>

- **Bundesregierung beschließt ressortübergreifende Engagementstrategie**

Am Vorabend des Internationalen Tag des Ehrenamts hat die Bundesregierung in ihrer Kabinettsitzung am 4. Dezember 2024 die ressortübergreifende Engagementstrategie des Bundes beschlossen. Mit der Engagementstrategie will die Bundesregierung freiwilliges Engagement und die Rahmenbedingungen für Engagierte verbessern. Bundesministerin Lisa Paus: »Mit dieser Strategie setzen wir die Leitplanken für jede künftige Engagement-Politik des Bundes. Wir verbessern Beratung, Qualifizierung und Vernetzung und erleichtern den Zugang zu freiwilligem Engagement. Die Engagierten dieses Landes sind ein Garant für den demokratischen Zusammenhalt und sie verdienen einen verlässlichen Rahmen für ihre wertvolle Arbeit.« Die Strategie verfolgt fünf zentrale Ziele, darunter die Förderung von Vielfalt und die Stärkung des Engagements in Krisenzeiten. Ein besonderes Anliegen ist es zudem, den Zugang zum Engagement für alle Menschen zu erleichtern – unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialem Status. Auch die digitale Transformation des Engagements soll vorangetrieben werden. Alle zwei Jahre soll die Strategie überprüft und weiterentwickelt werden, um sicherzustellen, dass sie die Bedürfnisse der Zivilgesellschaft widerspiegelt. Die Strategie wird beim 9. Deutschen EngagementTag am kommenden Montag und Dienstag präsentiert und diskutiert werden (siehe Aktuelles aus dem BBE).

Beschlossene Engagementstrategie des Bundes:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/engagementstrategie-des-bundes-251454>

Weitere Informationen: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/engagement-staerken/engagementstrategie-des-bundes-222072>

Pressemitteilung:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/starkes-ehrenamt-braucht-starke-rahmenbedingungen-251538>

- **Bundesregierung beschließt Engagementbericht**

Die Bundesregierung hat in ihrer Kabinettsitzung am 4. Dezember 2024 den Vierten Engagementbericht zum Thema »Zugangschancen zum freiwilligen Engagement« beschlossen. Der Vierte Engagementbericht beleuchtet, wie soziale Unterschiede die Beteiligungsmöglichkeiten beeinflussen und zeigt, wie Staat und Zivilgesellschaft Barrieren abbauen können. Bundesministerin Lisa Paus: »Die deutsche Engagementlandschaft ist lebendig und vielfältig, und sie bewirkt unglaublich viel Gutes. Der Vierte Engagementbericht zeigt aber auch: Freiwilliges Engagement muss inklusiver werden! Wir brauchen einfache Zugangsmöglichkeiten zum Engagement und für gesellschaftliche Beteiligung. Politik und Zivilgesellschaft können dazu beitragen, dass wirklich alle, die sich engagieren wollen die Möglichkeit dafür bekommen.« Der Engagementbericht betrachtet unterschiedliche Parameter, die zu einem geringeren Engagement beitragen können, wie zum Beispiel finanzielle Hürden, Zeitmangel oder Diskriminierung. Ein Fokus liegt auf der Bedeutung von Partizipationserfahrungen in der Kindheit und Jugend für das spätere Engagement. Der Bericht empfiehlt unter anderem, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, um den Zugang zum Engagement zu erleichtern. Außerdem sollten Bürokratie abgebaut und neue, inklusive Organisationen gefördert werden. Der Engagementbericht wird beim 9. Deutschen EngagementTag am kommenden Montag und Dienstag präsentiert und diskutiert werden (siehe Aktuelles aus dem BBE).

Vierter Engagementbericht <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/ministerium/berichte-der-bundesregierung/engagementbericht-250332>